

In der vergangenen Wahlperiode hat unsere Fraktion einen Änderungsantrag zum Anbringen einer Gedenktafel im Stadthaus eingebracht (Vorlagen-Nummer: V/2012/10833), der auch vom Stadtrat mehrheitlich beschlossen wurde. Mittlerweile hat es zwei weitere Anfragen zum Stand der Dinge gegeben – u. a. von unserer Fraktion in der Stadtratsitzung am 31.08.2016 (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02228).

Ursprünglich sollte die Recherche über Stadtverordnete, die während der beiden deutschen Diktaturen „verfolgt, unterdrückt, aus dem Mandat gedrängt oder ermordet wurden“ ca. drei Jahre in Anspruch nehmen. Dieser Termin war laut Stellungnahme der Verwaltung aus dem vergangenen Jahr – aus für unsere Fraktion im Rückblick nachvollziehbaren Gründen – nicht einzuhalten. In der o. g. Anfrage aus dem vergangenen Jahr wurde wiederum auch erklärt: „Die Verwaltung wird über die Ergebnisse des Rechercheprojektes Anfang des Jahres 2017 berichten. (...) Die Verwaltung schlägt nach Vorliegen der Rechercheergebnisse Anfang 2017 die Abstimmung zum weiteren Vorgehen im Kulturausschuss vor.“ Unserer Kenntnis nach wurden dem Stadtrat bislang keine Rechercheergebnisse vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Welche Gründe haben zum erneuten zeitlichen Verzug geführt?
2. Wann werden die Rechercheergebnisse dem Stadtrat bzw. dem Kulturausschuss zur Kenntnis gegeben?
3. Wie sieht der weitere Zeitplan bis zum Abschluss des Projektes aus?
4. Hält die Stadtverwaltung daran fest, die Gedenktafel im Festsaal anzubringen bzw. was spräche gegen eine Anbringung im Eingangsbereich oder im Treppenhaus (beide Orte wären für die Öffentlichkeit und damit für Interessierte zugänglich)?

gez. Johannes Krause

Vorsitzender

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)